

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) plan 10 liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 10 - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2630 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Unruhe)

Damit ist der Einzelplan 10 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Wünscht jemand hierzu das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2633 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -

(Unruhe)

- (B) Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 13 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den

Einzelplan 01: Landtag

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 01 - Landtag - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2621 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 01 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12: Finanzminister in Verbindung damit:

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abg. van Schewick von der Fraktion der CDU,

(C) van Schewick (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zum Einzelplan 12 komme, noch eine kurze Bemerkung machen, Herr Minister Matthiesen. Ich glaube, daß die CDU-Fraktion die Landwirtschaft bisher nie unter ideologischem Gesichtspunkten angegangen ist,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und ich glaube, daß ein annehmbares und zusammenarbeitendes Miteinander für die Landwirtschaft, für unsere Bauern hier in Nordrhein-Westfalen, auch in Zukunft unsere gemeinsame Zielrichtung sein muß.

Wenn ich jetzt zum Einzelplan 12 und teilweise auch zum Einzelplan 14 Stellung nehme, weil darin der Länderfinanzausgleich und die Steuerentwicklung unseres Landes behandelt werden, so werde ich auch einiges zu der Haushaltseinbringungsrede, die Sie, Herr Minister Posser, für die Landesregierung vorgetragen haben, einbeziehen.

Eine der Aussagen von Ihnen war, daß die Landesregierung die Konsolidierung weiter fortsetze. Und Sie fügten damals einschränkend hinzu: "soweit es angesichts gewisser Rahmenbedingungen möglich ist". In anderen Beiträgen wird von Ihnen seit 1981 immer wieder erklärt, daß eine gewisse Konsolidierung des Haushaltes anzusetzen sei, und zwar deswegen, weil Sie im Vergleich zu den Ausgaben der anderen Flächenländern einen geringeren Anstieg der Ausgaben gehabt hätten. Diese geringeren Ausgaben können natürlich rechnerischen Überlegungen standhalten, aber der von Ihnen dargestellte sogenannte Erfolg liegt doch nicht in Ihrer Konsolidierungspolitik, sondern nur darin, daß dieser Kurs ausschließlich zu Lasten Dritter gefahren worden ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser sogenannte Konsolidierungsweg ist auf Steuerermehreinnahmen zurückzuführen, die Bonn ermöglicht hat.

(Lachen des Abg. Schleußer (SPD))

- Herr Schleußer, in den Jahren 1979 bis 1982, als Helmut Schmidt Kanzler war, nahm das Land 2,4 Milliarden DM mehr ein; in der Regierungszeit Kohl sind über 10 Milliarden DM Steuerermehreinnahmen in den Landeshaushalt eingeflossen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist - so beurteilen wir es, und, Herr Kollege Schleußer, dem müßten auch Sie

(van Schewick (CDU))

(A) zustimmen - ein Weg der Hilfe von Bonn für Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sind der Meinung, daß man dem falschen Eindruck entgegenzutreten hat, daß durch die Bundesregierung der Bund, die Länder und die Gemeinden weniger Steuereinnahmen hätten. Es vermindert sich nämlich lediglich die Höhe des ursprünglich prognostizierten Zuwachses.

(Aigner (SPD): Sie sind langsam komisch!)

Auch für 1988 kann man von Steuermehreinnahmen ausgehen. Diese Steuermehreinnahmen, Herr Kollege, haben Sie der erfolgreichen Wirtschaftspolitik - denn das ist die Auswirkung Bonns auf Nordrhein-Westfalen - zu verdanken.

(Aigner (SPD): Das halte ich im Kopf nicht mehr aus! Wie kann man nur einen solchen Schwachsinn erzählen?)

Es hat nämlich, Herr Kollege, seit 1982 regelmäßig Steuermehreinnahmen für dieses Land gegeben.

(Aigner (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen!)

(B) Die Einnahmesituation des Landes hat sich also entgegen den Behauptungen des Regierungschefs Jahr um Jahr erheblich verbessert und wird sich bis 1991 eminent weiter steigern; dieses sowohl für Bund und Land als auch für die Gemeinden.

Wie wäre denn die Belastung dieses Haushaltes, wenn wir noch das alte Zinsniveau hätten? Dank Bonn hat es nachhaltige Zinssenkungen gegeben,

(Aigner (SPD): Für den Dollar-Verfall sind die auch verantwortlich!)

von denen auch wir hier in Nordrhein-Westfalen profitieren.

Man muß sich die Frage stellen: Wohin sind denn diese Mehreinnahmen gegangen, Herr Kollege?

(Aigner (SPD): Lassen Sie doch diese Wirtschaftspolitik weg! Davon haben Sie wirklich keine Ahnung.)

Warum wurden sie nicht zum stärkeren Abbau der Nettoneuverschuldung eingesetzt? Nein, die Zinsen für die Schulden steigen, und dies täglich mit 17,5 Millionen DM.

(C) Die Regierung Rau verweist so gern auf die Steuersenkung, durch die das Land 2,3 Milliarden DM und die Kommunen 1,7 Milliarden DM verloren hätten.

(Aigner (SPD): Die Zahlen sind falsch!)

Das ist nicht richtig. Steuersenkungen kann man nicht nur aus dem Blickwinkel der öffentlichen Haushalte sehen, sondern sie müssen aus der Sicht der Steuerzahler gesehen werden. Die Einkommensteuersenkung war ein zwingend notwendiger Korrekturschritt, welcher die seit der letzten Tarifkorrektur angewachsenen Umverteilungsgewinne der öffentlichen Haushalte bei der Einkommensteuer auch nicht annähernd auszugleichen vermag.

Es wird häufig gesagt, diese Steuerreform sei doch so plötzlich gekommen. Das ist auch nicht richtig; denn diese Steuerreform wird seit 1986 diskutiert. Die Größenordnung der Entlastung wurde rechtzeitig festgelegt, nämlich 50 Milliarden DM in drei Schritten 1986, 1988 und 1990 für Bund, Länder und Gemeinden.

(Aigner (SPD): Nur nicht, wie sie bezahlt werden soll!)

(D) Diese Landesregierung hat es versäumt, in den vergangenen Jahren hierfür Vorsorge zu treffen, und der Bund hat sich in den Jahren seit 1982 über moderate Ausgabenzuwächse den finanzpolitischen Handlungsspielraum geschaffen.

(Grätz (SPD): Das wird ja immer toller!)

Welches Rezept empfehlen Sie nun, um mit diesen finanziellen Schwierigkeiten fertig zu werden? - Sie klagen ständig Bonn an, als ob dort der Schlüssel zur Lösung der Probleme läge. Wie sieht es nun in anderen Ländern, die früher auch Schwierigkeiten hatten, beispielsweise in Bayern oder in Baden-Württemberg, aus? - Bayern war in den 50er Jahren ein Agrarland, und heute spricht man vom Silicon-Bavaria. Nordrhein-Westfalen war in den 50er Jahren durch Kohle und Stahl geprägt, und heute ist es immer noch durch Kohle und Stahl geprägt,

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

beladen mit all diesen Strukturproblemen, Herr Kollege, die diese Branchen unweigerlich mit sich bringen. Warum - so muß man sich fragen - ist es denn in unserem Lande Nordrhein-Westfalen zum Stillstand gekommen? - Weil es keinen Strukturwandel gegeben hat.

(Aigner (SPD): Sie reden einen solchen Mist!)

(van Schewick (CDU))

- (A) Herr Kollege, die Westdeutsche Landesbank - diese Untersuchung hat auch Ihnen vorgelegen - hat in einer Untersuchung "Entwicklungstrends der NRW-Wirtschaft" festgestellt, daß die Unternehmer insbesondere folgende Punkte beklagen - ich zitiere aus dieser Untersuchung -: 1. Sie hätten Probleme bei der Beschaffung von Gewerbeflächen. 2. Sie hätten Probleme mit den höheren Gewerbesteuersätzen.

Sie können doch wohl nicht allen Ernstes behaupten, da könne der Bund helfen. Dieses ungünstigste Innovationsklima hat diese Landesregierung einzig und allein zu verantworten.

(Aigner (SPD): Es ist nicht zu fassen!)

Ein Strukturwandel wie beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg hat in diesem Lande nicht stattgefunden.

(Aigner (SPD): Was erzählen Sie denn da eigentlich? Das ist ja nicht zu glauben! Ich rege mich nicht schnell auf, aber so einen Quatsch habe ich noch nicht gehört. Ich weiß nicht, wo Sie die letzten 20 Jahre gelebt haben.)

- (B) Wir sind auch in diesen zwei Tagen, in denen wir über den Haushalt diskutiert haben, keinen Schritt weitergekommen, der uns hinsichtlich des Strukturwandels neue Perspektiven aufgezeigt hätte. Wer moderne Technologie verdammt, Herr Kollege, kann nicht erwarten, daß Unternehmer das Risiko einer Ansiedlung in diesem Lande auf sich nehmen. So erzeugt man keine Aufbruchstimmung, schon gar nicht - und jetzt passen Sie einmal auf -, wenn ein Neuansiedler oder ein Betriebserweiterer beispielsweise seine Kreditunterlagen beim örtlichen Gewerkschaftsfunktionär - so die Tageszeitung "Die Welt" vom 11. Dezember 1987 - wiederfindet.

(Schultz (SPD): Immer nur Sprechblasen!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(van Schewick (CDU): Nein!)

Dann darf ich Sie darauf hinweisen, daß wir bei den Einzelplänen 12 und 14 sind.

(Zustimmung bei der SPD)

van Schewick (CDU): Wie sieht es denn nun mit den Investitionsquoten aus? - Die Tendenz ist weiter sinkend. Der Haushaltsentwurf 1988 zeigt nicht den Weg. Wer investiert denn noch an Rhein und Ruhr, solange die moderne Technologie hier verdammt wird?

(C) Ich möchte noch auf einen wichtigen Punkt eingehen, der in verschiedenen parlamentarischen Gremien auf Bundes- und Landesebene zu heftigen Diskussionen geführt hat, nämlich die Bundesergänzungszuweisungen und damit auch den Länderfinanzausgleich.

Zunächst will ich jedoch eine Vorbemerkung machen. Früher, das heißt vor 20 Jahren SPD-Landesregierung, war Nordrhein-Westfalen das Land, das anderen Ländern unter die Arme gegriffen hat, und heute stellt das Land den Opferstock auf, in den die anderen Länder zahlen sollen. Das kleine Hamburg hat bisher mehr gezahlt als das große Nordrhein-Westfalen, Hamburg: von 1950 bis 1979 13 Milliarden DM, Baden-Württemberg: 25 Milliarden DM.

(Aigner (SPD): Das werde ich alles nachlesen, was Sie da erzählen. Das verspreche ich Ihnen. Und ich schreibe Ihnen einen ausführlichen Brief, wenn Sie Zwischenfragen nicht zulassen.)

(D) Für 1986 kann man nun von einer Übergangsregelung ausgehen, wenn wir die Bundesergänzungszuweisungen betrachten. Ihr Modell, Herr Finanzminister Posser, bei dem der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen 1987 die geschätzten Ist-Zahlen dieses Jahres zugrunde gelegt werden, war im Ausschuß durchaus auf Sympathie gestoßen, hätte letztendlich aber bei allen übrigen Empfängerländern zu finanziellen Einbußen sehr verschiedener Größenordnungen geführt. Rheinland-Pfalz hätte nach dem Modell von Herrn Finanzminister Posser 54 Millionen DM gezahlt, Bayern hätte 30 Millionen DM zahlen müssen, das Saarland 8 Millionen DM und Bremen 7 Millionen DM.

Das wollten die anderen Länder zugunsten von Nordrhein-Westfalen nicht auf sich nehmen.

(Minister Dr. Jochimsen: Das ist ja unglaublich, daß Sie sich diese Position zu eigen machen!)

Wenn man sich schließlich für das Modell entschied, bei dem die den einzelnen Empfängerländern zufließenden Bundesergänzungszuweisungen 1987 in Anlehnung an die Finanzkraftverhältnisse der Jahre 1985 und 1986 ermittelt werden, wobei fiktive Beträge angesetzt werden, so war es das Ergebnis eines sorgfältig austarierten Kompromisses. Hierbei hat vor allem das Votum des Rechtsausschusses eine große Rolle gespielt.

(A) Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(van Schewick (CDU): Nein!)

- Sie lassen grundsätzlich keine zu?

(van Schewick (CDU): Herr Präsident, es ist eine Grundsatzhaltung von mir, keine Zwischenfrage zuzulassen.)

- Na gut, dann wissen wir Bescheid und werden so verfahren.

(Trinius (SPD): Zu dem Zeitpunkt lagen die Ist-Werte vor! - Aigner (SPD): Interessiert den alles nicht.)

van Schewick (CDU): In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Entscheidung des Bundesrates, daß die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen soll, daß das Land Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für Kohlehilfen, insbesondere bei den Kokskohlehilfen, entlastet wird. Diese Linie gilt es weiter zu verfolgen. Daran wollen wir arbeiten.

All das, Herr Minister, darf nicht davon ablenken, daß die Verantwortung für diese Misere in Nordrhein-Westfalen bei dieser Landesregierung liegt.

Die sozialistische Planwirtschaft hat sich auch in Nordrhein-Westfalen nicht durchgesetzt. Der ehemalige britische Premierminister MacMillan hat das Wirken der Sozialisten einmal so umschrieben: Staatliche Planwirtschaft ist wie ein prachtvoller Baum mit weit ausladender Krone; nur, in ihrem Schatten wächst nichts.

Das trifft vor allem auf Nordrhein-Westfalen zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Harms das Wort.

Harms (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der späten Zeit gestatten Sie mir, nur in Kurzform auf einiges einzugehen.

Mit Verlaub, Herr Kollege van Schewick: Was Sie hier gesagt haben, hatte viel mit Platiüden und Wiederholungen zu tun, aber relativ wenig mit dem Einzelplan 12 und dem Einzelplan 14.

Ich habe daraus gelernt, daß beispielsweise auf einer Veranstaltung der OFD Münster

Professor Ritter, Leiter der Steuerabteilung der BASF, die Steuerreform als den größten Unsinn bezeichnete. Die Steuerreform wird von den Arbeitnehmern abgelehnt. Sie wird ebenso vom Mittelstand abgelehnt. Auch die Gemeinden und Städte - deren Einstellung müßte auch Ihnen bekannt sein, Herr Dautzenberg - lehnen sie ab.

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß einzig und allein immer noch die Bundestagsfraktionen der CDU und der F.D.P. im Bundestag und die CDU hier im Landtag voll hinter dieser Steuerreform stehen.

Zum Einzelplan 12 möchte ich nur die Schlaglichter nennen: Der Einzelplan 12 wird durch seine Personalausgaben bestimmt. Die Höhe der Personalausgaben muß dauernd auf Angemessenheit und Bedarfsgerechtigkeit überprüft werden.

Hier taucht das Stichwort auf, wie es denn hier mit der Aufgabenkritik aussieht. Wenn man den Einzelplan 12 betrachtet, müßte man auch dies besonders erwähnen: Wegen einer eindeutigen Kompetenzzuweisung muß jede Aufgabenkritik, die sich allein mit dem "Ob" einer Aufgabenerfüllung befaßt, ins Leere gehen. Darüber ist ja gestern gesprochen worden. Darüber ist in der Stellenplankommission gesprochen worden. Wir müssen uns vielmehr auch darüber unterhalten, daß nur eine kritische Auseinandersetzung mit dem "Wie" einer Aufgabenwahrnehmung überhaupt erfolgreich sein kann.

Dazu muß man sagen: Da stehen wir, wenn man dies optimieren will, wieder an der Klagemauer, die Sie "Bonn" nennen. Hier muß man leider dazusagen, daß die Steuergesetze in unserer Republik immer noch in Bonn gemacht werden. Davon, welches personelle Chaos Sie mit Ihren gesetzgeberischen Maßnahmen auslösen, kann man nach der Kfz-Steuerreform ein Lied singen, und davon wird man auch nach dem ein Lied singen können, was man bisher bei Ihnen zur Steuerreform gehört hat. Diese Steuerreform, wie Sie sie verabschieden, wird den Erfordernissen einer Steuervereinfachung und eines Abbaus oder einer Einsparung von Personal in keinsten Weise gerecht.

Lassen Sie mich sagen: Der zweite ganz wichtige Punkt, bei dem man es mit einer Entwicklungslinie zu tun hat und bei dem man Personalentwicklung steuern kann, liegt hier bei der Steuergesetzgebung. Hier muß man das Aufpfropfen wirtschafts- und konjunkturpolitischer Erfordernisse auf die Steuergesetze erwähnen. Daran haben sich auch die SPD und die F.D.P. in der Ver-

(C)

(D)

(Harms (SPD))

- (A) gangenheit beteiligt. Aber seit 1982 wird hier verstärkt gesündigt. Das erfordert bei den Finanzbehörden noch mehr Personal, als man ohnehin einsetzen muß.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich drei kurze Beispiele aus dem "glorreichen" Steuerpaket von 1990 nennen.

Da ist zum einen die Einführung einer Quellensteuer mit der Befreiungsmöglichkeit über eine von der Finanzverwaltung dann auszustellende Nichtveranlagungsbescheinigung. Das erleichtert das Geschäft mit Sicherheit nicht. Das zweite ist die Streichung des Sonderausgabenpauschbetrags. Das dritte ist die Einführung der Vollverzinsung mit all ihren negativen Konsequenzen auf den Abschluß der Betriebsprüfung.

Sie sehen, daß man durch diese Maßnahmen mit Sicherheit nicht zur Steuervereinfachung kommen wird. Hier wird man vielmehr ohne weiteres anhand der Steigerung der Fallzahlen von seiten der Finanzbehörden zwingend nachweisen müssen, daß man mehr Leute braucht. Und die bekommt man nicht mehr nur durch Umschichtung.

- (B) Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen. Wir haben im Einzelplan 12 die Stellen der Anwärter auf 27 erhöht. Das ist keine spektakulär große Zahl. Aber ich meine, sie ist bei den finanziellen Rahmenbedingungen gleichwohl eines Lobes wert. Wir haben nämlich hier eine in der Verbändeanhörung vorgebrachte Anregung der Deutschen Steuergewerkschaft aufgenommen. Mit dieser Zahl von 27 landen wir bei etwa 597. Damit können wir auch die Fortbildungsanstalten in Nordkirchen besser auslasten. Es bringt dort natürlich, weil man an den Rand der Kapazität geht, auch noch Belastungen mit sich, um die man bei den Verwaltungsangehörigen um Verständnis bitten kann. Aber wir haben diese Forderung der Steuergewerkschaft aufgenommen und haben etwas daraus gemacht.

Zu dem Personalpaket über alle Einzelpläne hinaus könnte man auch sagen, daß viele kleine Tropfen einen warmen Regen ergeben.

Lassen Sie mich zum Einzelplan 14 nur eine Anmerkung machen, weil die Situation, auch die Einnahmesituation, bei ZIM bereits gestern ausführlich diskutiert wurde.

Hier gibt es eine Position im Einzelplan 14, die wir immer noch zu beklagen haben, das ist die Ausgleichsabgabe für Schwerbehin-

derte, die ich persönlich auch als zu hoch ansehe. (C)

(Zustimmung des Abg. Arentz (CDU)
- Aigner (SPD): Ein Bundesgesetz!
- Arentz (CDU): Ihr wolltet sogar 400 DM haben, ihr stellt die Leute nicht ein. Das ist das Problem.)

- Nein, Herr Kollege, nicht, wir stellen die Leute nicht ein, wir müssen nur einmal folgendes bedenken, daß es zwei große Berufsprofile gibt, wo es sehr, sehr schwer wird, die Schwerbehindertenquote zu erfüllen. Ich nenne nur die Polizei und den Schulbereich, wo man die Pflichtquote sicherlich nicht wird erfüllen können. Aber wenn Sie einmal einen Ländervergleich vornehmen, so werden Sie feststellen, daß bei der Erfüllung der Pflichtquote das Land Nordrhein-Westfalen nun wirklich mit einem Spitzenplatz einnimmt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier ist von Herrn Kollegen van Schewick versucht worden, die Quadratur des Kreises zu beschreiben, und er hat bei der Verschuldung mit einem Finger auf die Landesregierung gewiesen. Ich meine, wenn man diese Situation erwähnt und anzieht, sollte man zumindest einmal darauf hinweisen, daß es beispielsweise bis 1982 ein ökonomischer Sündenfall war, daß Bundesbankgewinne dem Haushalt zugeführt wurden. Dann muß man erwähnen, daß zum Beispiel nur in diesem Jahr die Verschuldung von angesetzt 22 Milliarden auf 29 Milliarden DM steigt. Und dieses kann man wirklich beim besten Willen nicht dem Finanzminister Posser oder der Regierung Rau in die Schuhe schieben, sondern das ist ein Versagen der Politik, die ein bißchen südlicher von uns am Rhein passiert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abg. Sauré von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Sauré (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz der späten Zeit ist uns, der CDU-Fraktion, der Bereich Finanzen so wichtig, daß wir noch einen zweiten Redner stellen.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Dammeyer (SPD): Wen meinen Sie mit "uns"? Von Ihnen ist ja niemand mehr da! - Anhaltende Unruhe)

(D)

(Frau Sauré (CDU))

- (A) - Je eher Sie ruhig sind, um so eher rede ich weiter und um so eher können Sie nach Hause.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt zu den Finanzen! Bitte hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie maulen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Kollegin, da Sie mit der Rede schon begonnen haben, sind Zwischenfragen zulässig. Herr Bensmann aus Ihrer Fraktion möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Frau Sauré (CDU): Das glaube ich nicht.)

- Ja, bei mir leuchtet das Lämpchen auf.

(Abg. Bensmann (CDU) winkt ab.)

- Das war ein Irrtum, er hat aus Versehen gedrückt.

(B) Frau Sauré (CDU): Jetzt würde ich aber wirklich gern anfangen. Meine Damen und Herren! Eines hat sich in diesem Jahr wie bereits in den letzten Jahren bei den Haushaltsberatungen ganz deutlich herausgestellt, nämlich, daß auf diese Landesregierung Verlaß ist: Verlaß immer dann, wenn es darum geht, Belastungen auf andere abzuschieben, oder wenn es darum geht, eigenes Verschulden, eigene Versäumnisse anderen aufs Auge zu drücken. Diese Haushaltsberatungen sind geprägt von einer atemberaubenden Kontinuität. Nun habe ich einmal gelernt, daß Kontinuität und Verlässlichkeit in der Politik eigentlich positive Begriffe sind. Aber in den zweieinhalb Jahren in diesem Hause haben Sie mich genau vom Gegenteil überzeugt.

(Beifall bei der CDU)

Ich hatte Ihnen, Herr Finanzminister, eigentlich gewünscht, daß Ihre Abschluß- und Abschiedsbilanz die Kontinuität der vergangenen Jahre durchbrochen hätte.

(Dautzenberg (CDU): Der Finanzminister hat seine Hausaufgaben gemacht, nur Rau nicht!)

Kontinuierlich kletterte das Haushaltsvolumen in den vergangenen Jahren in die Höhe: 1979 waren es noch 48,6 Milliarden DM, die das Land ausgab, heute - nur acht Jahre später - sind es über 11 Milliarden DM mehr. Durch dieses unkontrollierte Anwachsen des Haus-

halts haben wir inzwischen eine unverantwortliche Gesamtverschuldung erreicht: 1979 noch 30,8 Milliarden DM Verschuldung, heute sind wir bei über 90 Milliarden DM angekommen, und die mittelfristige Finanzplanung weist aus, daß wir Ende des nächsten Jahres die 100-Milliarden-Grenze überschritten haben werden.

(C)

(Dautzenberg (CDU): Schlimm, schlimm!)

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei, ich frage mich allen Ernstes, wie Sie angesichts solcher Schuldentreiberei überhaupt noch ruhig schlafen können - einige Kollegen von Ihnen scheinen es ja schon zu tun -

(Heiterkeit bei der CDU)

und wie Sie angesichts der Hypothek, die Sie jedem Einwohner in unserem Land bereits in die Wiege legen, nämlich einer Pro-Kopfverschuldung von 6 000 DM, dieser Jugend in unserem Land überhaupt noch in die Augen schauen können.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben 1982 in Bonn ein ähnliches Desaster hinterlassen. Auch dort haben Sie durch einen verhängnisvollen Kreislauf von ungehemmter Ausgabenpolitik, massiver Staatsverschuldung sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen den Niedergang einer geordneten Finanzpolitik eingeleitet. Diesen Niedergang hätten Sie wahrscheinlich auch konsequent zu Ende durchgeführt, wenn wir nicht das Handeln übernommen hätten.

(D)

(Zustimmung des Abg. Dautzenberg (CDU) - Lachen des Abg. Schleißer (SPD))

Lassen Sie mich ein paar Zahlen nennen, ich glaube, die überzeugen von selbst. Als Sie 1969 die Regierung in Bonn übernahmen, hatten wir einen Schuldenstand von 45 Milliarden DM. Als Sie 1982 - Gott sei Dank, möchte ich sagen - damit aufhören mußten, hinterließen Sie einen Schuldenberg von 309 Milliarden DM. Ich denke, die Zahlen sprechen ganz einfach für sich.

(Schleißer (SPD): Jetzt weitermachen!)

Aber nach dem selben Rezept, wie Sie in 13 Jahren Regierungsverantwortung in Bonn die Suppe ungenießbar gemacht haben, verfahren Sie hier im Land kontinuierlich weiter. 1974 erklärte Ihr damaliger Finanzminister Wertz: "Wir müssen konsolidieren; das kann ich nicht verantworten." Finanzminister

(Frau Sauré (CDU))

- (A) Halstenberg erklärte 1975: "Wir werden konsolidieren." Und der jetzige Finanzminister erklärte dies 1979 ebenso.

Seine späteren Ausführungen zur Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen sind ja hinlänglich bekannt. Ich erinnere nur an seine Vergleiche mit den Schulden Mexikos, Polens, Brasiliens; seine Mahnung verhalte im Wind. So stehen wir heute vor dem Scherbenhaufen. 11 % des Haushalts geben wir allein für Zinsen aus. Das sind 6,7 Milliarden DM, ich glaube, 17,5 Millionen DM sind das an einem einzigen Tag und 144 000 DM in einer einzigen Stunde.

(Unruhe)

Ich wage gar nicht daran zu denken, was dieses Land an Zinslast leisten müßte ohne die äußerst günstige Zinsentwicklung, für die Sie allerdings keine Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere bedrohliche Steigerung in diesem Landeshaushalt sind die Personalkosten. Auch hier zeichnet sich die bereits mehrfach erwähnte Kontinuität deutlich ab: hohe Zinslast, hohe Personalkostenquote auf der einen Seite, weniger Leistung für den Bürger, weniger Zuweisungen für Gemeinden, sinkende Investitionsbereitschaft, ausgedrückt durch eine ständig sinkende Investitionsquote auf der anderen Seite. Hier bewahrheitet sich die Kontinuität auf erschreckende Art und Weise.

(B)

Aber Investitionen, das dürften auch Sie wissen, schaffen Arbeitsplätze. Und so ist aus den Zahlen, die ich eben nannte, ganz leicht erkennbar, daß die Arbeitslosenprobleme dieses Landes zum größten Teil hausgemacht sind. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen inzwischen mit seiner Investitionsquote am Ende aller Bundesländer liegt. Dies ist insgesamt ein vernichtendes Beispiel sozialistischer Finanzpolitik. Die Verantwortung hierfür soll auf andere abgewälzt werden. Auch hierin beweisen Sie Kontinuität. Ihr Buhmann sitzt in Bonn. Sie jammern um den Länderfinanzausgleich, Ihre Prophezeiung zur Steuerreform, die angeblich zu Lasten von Ländern und Gemeinden geht; nie wollen Sie der Wahrheit ins Auge sehen, geschweige denn, Ihre eigene Schuld bekennen.

Tatsächlich sind Sie es, die die Städte und Gemeinden unseres Landes an den Rand des Ruins gefahren haben. Ich brauche die Zahlen dessen, was Sie denen genommen haben, nicht noch einmal zu wiederholen.

Tatsache ist, und das sind seit Ende November Fakten, daß sich die Auswirkung der Steuerreform auf die Gemeinden so darstellt, daß hierdurch die Gemeinden insgesamt nur mit 24 Mio DM belastet werden. Was ist das im Verhältnis zu den 15,5 Milliarden DM, die Sie den Kommunen entzogen haben?

(C)

Nun will ich gar nicht behaupten, daß Sie das, was Sie tun und getan haben, auch gerne tun. Sie können es eben nicht besser, und Sie sollten das endlich eingestehen. Sie sind nicht in der Lage, zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln und anzubieten. Was Sie können, das sind Propagandafeldzüge, und das ist Polemik gegen unsere Vorstellungen vom Aufbau solider Finanz- und Steuerpolitik. Was Sie können, ist das Starten von Neidkampagnen, für die Sie auch in gewissen Organisationen unseres Landes tatkräftige Unterstützung finden. Sie sind unfähig, die Verantwortung, die ja nach den Worten Ihres Ministerpräsidenten die Sozialdemokraten in diesem Lande alleine tragen, auch wirklich zu erkennen. Sie schlagen unsere Warnungen und Vorschläge seit Jahren in den Wind. Hieraus ergeben sich die Schwierigkeiten, an denen unser Land krankt.

Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, um unser Land in der Haushaltskonsolidierung ein Stück voran zu bringen. Und hier liegt das große Defizit. Wachstum, dieses Zauberwort der vergangenen Jahre, hat Nordrhein-Westfalen nicht gleichermaßen getroffen wie die übrigen Flächenländer. Hierdurch sind für das Land auf der Einnahmeseite 3 Milliarden DM weniger zu verzeichnen. Da soll mir noch einer erzählen, die Probleme dieses Landes seien nicht hausgemacht. Lesen Sie es doch bitte in den Untersuchungen der WestLB genau nach.

(D)

Meine Damen und Herren, ich will zum Ende kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bin überrascht, wie schnell man Ihnen eine Freude machen kann.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wenn Sie dieses Land nicht vernünftig weiterregieren können, die Finanzen nicht alleine in Ordnung bringen können, dann nehmen Sie unsere Hilfe endlich an. Wir sind und waren immer bereit, konstruktiv für dieses Land und seine Menschen zu arbeiten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Nehmen Sie Abschied von Ihrer Ideologie; nehmen Sie Abschied von Ihrer spürbaren

(Frau Sauré (CDU))

- (A) Hilflosigkeit, und versuchen Sie, die Interessen dieses Landes endlich wieder konsequent und erfolgreich anzupacken. Wir werden Ihnen diese Aufgabe zwar 1990 abnehmen,

(Zustimmung bei der F.D.P. - Heiterkeit bei der SPD)

aber ich bitte Sie: Lassen Sie die Zeit bis dahin nicht ungenutzt wie bisher!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. Ist es richtig, wenn ich zu Beginn der dreizehnten Stunde feststelle, daß zu den Einzelplänen 12 und 14 keine Wortmeldungen mehr zu erwarten sind?

(Zurufe von Abgeordneten aller Fraktionen: So ist es, Herr Präsident!)

- Es scheint zu stimmen. Dann schließe ich die Beratung.

(Unruhe)

Wenn die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Platz nehmen würden, würden wir vielleicht noch fünf Minuten Zeit einsparen.

Ich bitte also diejenigen, die dem Entwurf des Einzelplans 12 - Finanzminister - entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2632 zustimmen möchten, um ihr Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 in der zweiten Lesung angenommen.

(B)

Wir stimmen nunmehr über den Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung - ab. Wer diesem Einzelplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2634 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 14 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nunmehr auf:

Haushaltsgesetz 1988

Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Drucksache 10/2112

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen mit den Drucksachen 10/2635 und 10/2673 vorliegen.

(C)

Weiterhin liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor, und zwar mit Drucksache 10/2696 - Stichwort: Besetzungssperre - , Drucksache 10/2697 - Stichwort: Lehrerstellen - , Drucksache 10/2698 - Stichwort: Landeswohnungsbauvermögen - und letztlich Drucksache 10/2699 zur Landeshaushaltsordnung. Diese Anträge werden in die Beratungen einbezogen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die Fraktion der CDU Herr Abg. Dautzenberg. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

(Unruhe)

- Lassen Sie sich nicht beeindrucken; Sie haben das Wort!

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Ich danke Ihnen für diese Unterstützung, aber ich glaube, daß ich auch gegen solche Schallkörper anreden kann.

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

- Ich hoffe, Herr Kollege Rohe, daß uns die vorgerückte Zeit trotzdem noch soviel Disziplin abnötigt, daß wir den wichtigsten Punkt der Haushaltsberatungen zu Ende bringen können, denn auch im Haushaltsgesetz sind wichtige Punkte enthalten, die ebenfalls Zukunft für Nordrhein-Westfalen bedeuten, daß wir also nicht nur das abhaken, was Sie gerne hätten.

(D)

Der erste Punkt, den ich kurz begründen möchte, bezieht sich auf die Drucksache 10/2696. Ich kann dies kurz machen, weil heute schon im Rahmen der Stellenplanberatungen darauf Bezug genommen worden ist. Ich wiederhole nochmals, daß mit diesem Antrag - Streichung der Besetzungssperre, dafür aber gleichzeitig Einsparungen von 2 000 Stellen im Landesdienst im Jahre 1988 - der Einstieg in den aufgabenkritischen Ansatz gemacht werden soll. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen, was der Kollege Trinius heute mittag dazu gesagt habe, daß man nämlich lange diskutiert habe, ob man nicht diesen Antrag übernehmen solle, wobei ich nachvollziehen kann, daß Sie Schwierigkeiten haben, klar zu sagen, wo diese 2 000 Stellen eingespart werden sollen. Von der Methodik her ist das aber kein Unterschied zu Ihrem eigenen Antrag auf Erhöhung des Personaletats um 400 Stellen für